



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/162

8. November 1949

Höchste Alarmstufe

sp. Es ist keine Übertreibung, sondern die mächtige Feststellung eines erschütternd traurigen Sachverhaltes: die Zuwanderung der

aus der Ostzone Flüchtenden wächst täglich und unaufhaltsam. In den Städten und Landkreisen auf dieser Seite des Eisernen Vorhangs, die

an der rund 550 km langen Grenze zwischen Niedersachsen und der Sowjetzone liegen, wandern Tausende von Ort zu Ort, erbetteln sich

Nahrung und Obdach, einzeln oder in Gruppen, ziehen weiter, versickern im Lande. Beängstigend ist das Tempo, in dem die Strassen

sich mit den Gestalten bitterster Not bevölkern. Die beginnende Kälte vervielfacht die Schrecknisse dieser neuen Massenwanderung.

Dieser Tage hat sich ein erster geschlossener Zug aus dem niedersächsischen Grenzgebiet auf den Weg nach Bonn gemacht. Das alles

macht es notwendig, dass etwa Durchgreifendes geschieht und nicht mehr nur gefordert wird. Seit zweieinhalb Jahren ist mit Provisorien

gearbeitet worden, es ist zwar einige Erleichterungen geschaffen, durch den wachsenden Flüchtlingsstrom aber binnen kurzem unzulänglich wur-

den. Die Zuständigkeit des Bundes als der den Ländern übergeordneten Instanz war der letzte Hoffnungsanker, an den sich Millionen hiel-

ten. Gewiss - die Zeit, die der Bundesregierung bisher zur Verfügung stand, war kurz. Aber sie war lang genug, um erkennen zu lassen,

dass Mittel und Entschlüsse anderer Art notwendig sind, als sie bisher angewandt wurden oder vorgesehen sind. Wenn die Bundesregierung

nicht sich zu diesem radikalen Kurswechsel in der Flüchtlingsgesetzgebung entschliessen kann, muss die Opposition einspringen. Vor die Al-

ternative gestellt, dem Strom seinen Lauf zu lassen oder ihm einen Damm entgegenzusetzen, gibt es heute für eine verantwortliche Füh-

rung keinen anderen Ausweg als den, die letzten Möglichkeiten zur Aufnahme der aus dem gepeinigten Osten hereinströmenden Menschen

auszuschöpfen. Mit Zulassungskontingenten und Quoten kommt man der Not nicht bei. Eine Sperre andererseits würde die effektive Spal-

tung Deutschlands bedeuten, die es gerade unter allen Umständen zu verhindern gilt.

So bleibt nur der Weg wirklich revolutionärer Massnahmen. Es müssen neue Unterkunftsöglichkeiten in grossem Umfange geschaffen werden und sei es durch Errichtung von neuen Massenuartieren; eine nochmalige radikale Überprüfung des zur Verfügung stehenden Wohnraumes, neue Verordnungen, die, schneller als Gesetze, eine veränderte Rechtsituation für alle Vertriebenen schaffen, sind unerlässlich. Alle karitativen Organisationen müssen sich einspannen und auf die Regierung den erforderlichen Druck zum sofortigen Handeln ausüben. Die sogenannten bürgerlichen Freiheiten und Rechte, eben erst feierlich proklamiert, werden wieder eingeschränkt werden müssen. Ein Notstand dringendster Art ist entstanden, vor dem alle privaten Rücksichten auf Bequemlichkeit und saturiertes Leben zu verschwinden haben.

Mit stärkstem Nachdruck muss an die internationale Hilfe appelliert werden, denn die deutsche Flüchtlingsnot ist nach ihrem Ursprung vor allem ein internationales Lebensproblem. Zusätzliche Mittel aus dem Marshallplan wären eine solche Hilfe; beträchtliche Teile der bereits bewilligten Gelder dieser Quelle werden zur Bekämpfung der Flüchtlingsnot baldigst abgezweigt werden müssen. Jedes andere Programm, das sich die Staatsführung vorgenommen hat, muss in den nächsten Wochen hinter diesen vordringlichen Aufgaben zurücktreten. Wenn die These von der deutschen Einheit nicht ein leerer Begriff bleiben soll, dann ist jetzt der Beweis dafür anzutreten, dass es den Deutschen selbst damit ernst ist, gegen die Versteinerung der Herzen anzugehen, den gefährlichsten Feind unserer Tage.

Die Bundesregierung wird in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes die erste, aber entscheidende Probe ihres aufrichtigen Willens und ihrer Fähigkeiten abzulegen haben. Mit halben und hinhaltenden Massnahmen, wie sie bisher angewandt wurden, wird die Gefahr einer anarchischen Entwicklung in Deutschland nicht gebannt. Im Gegenteil: zur materiellen Not der Betroffenen wird sich dann in rasender Schnelligkeit ein Sturm der Entrüstung gesellen, der alle Ansätze einer neuen staatlichen Ordnung hinwegfegen wird.

Viele mögen noch seelisch und räumlich weitab von diesem heraufziehenden Gewitter leben. Diese Entfernung mag sie noch kurze Zeit über den Umfang des drohenden Unheils hinwegtäuschen. Aber das eine steht heute schon fest: lässt man nicht sofort die Illusion fallen, es werde sich schon alles einrenken, dann wird dieser Winter für Deutschland zu einer neuen Katastrophe grössten Ausmasses - trotz der zahlreichen Merkmale einer Erholung, von der nur eine kleine Schicht profitiert und die den Vertriebenen umso stärker seine Not empfinden lässt, weil er täglich merkt, dass jede Besserung der allgemeinen Verhältnisse nicht dem Bedürftigen zugute kommt, sondern nur den Unterschied zwischen ihm und denen, die nichts verloren haben, vergrössert.

(b/1/811/hs)

Kalte Diktatur in Argentinien

-pt. Buenos Aires, im November

Argentiniens Staatspräsident Peron lehnt es entrüstet ab, als Diktator bezeichnet zu werden und - zugegeben - die Hälfte seiner Wähler würde jeden steinigen, der behaupten würde, sie hätte einer Diktatur in den Sattel geholfen. Konzentrationslager, Gestapo und Mauthausen kennt auch die Peronsche Herrschaft nicht - oder noch nicht. Zwar wird auf den Polizeiwachen geprügelt und der Bekehrung von "Gegnern des Regimes der Rettung des Vaterlandes" mit elektrischem Strom nachgeholfen, aber das geschieht auch in anderen süd-amerikanischen Staaten, wo noch Bürgerblocks auf parlamentarischer Grundlage regieren. Gegnerische politische Führer des Peronregimes haben noch die Wahl, freiwillig oder unfreiwillig in die Emigration zu gehen; gegnerische Parteien haben das Fach, dass die Gesundheitspolizei im letzten Augenblick die Räume, in denen sie Versammlungen abhalten wollten, als "gesundheitsgefährlich" schliesst; die das Peronregime bekämpfenden Zeitungen erhalten bei der staatlichen Papierrationierung nur bescheidene Papiermengen, und im Radio dürfen eigentlich auch die nichtperonistischen Parteien sprechen (und zahlen), aber "zufällig" geht meist der Strom aus, oder eine staatliche Behörde braucht ihre Stunde für wichtige, unaufschiebbare Meldungen über Maul- und Klauenseuche und ähnliches...

Gegen diese "rein administrativen Massnahmen" hat natürlich die nichtperonistische Presse protestiert. Eine "Reform des Pressegesetzes" unterbindet nun die Kritik fast völlig. Ein weiteres Gesetz bestimmt, dass neue Parteien oder neue Koalitionen oder "Regruppierungen" bestehender Parteien zur Wahl erst zugelassen werden, wenn sie drei Jahre eingeschrieben sind. Ausserdem dürfen die Parteien in Zukunft nur solche Personen als Kandidaten aufstellen, die in den letzten drei Jahren nicht für andere Parteien kandidiert haben. Das richtet sich vor allem gegen die Opposition innerhalb der Peronschen Massenpartei selbst. In ihr gibt es einen aus den Gewerkschaften kommenden Arbeiterflügel, deren massgebende Führer schon bei den letzten Wahlen sich als selbständige "Arbeiterpartei" konstituierten oder aus der Fraktion austraten. Sie werden nunmehr bei der im nächsten Jahr stattfindenden Parlamentswahl nicht kandidieren können, denn sie haben ja innerhalb der letzten drei Jahre einer anderen Partei - groteskerweise eben der peronistischen Regierungspartei

tei, angehört. Dagegen wird als sozusagen demokratisches Alibi oder politischer Naturschutzpark die alte bürgerliche "Radikale" Partei weiter kandidieren dürfen - aber zu einer ohnmächtigen Minderheit kastriert, denn sie darf ja keine neuen Koalitionen eingehen, oder sich mit neuen Parteien zusammenschließen...

Auf der anderen Seite lässt sich Peron nach wie vor ausserpolitisch alle Wege offen. Ein Verbot der kommunistischen Partei, von der peronistischen Mehrheit in der Schlussitzung des Parlaments angenommen, wurde vom Staatschef nicht unterzeichnet, während das neue Pressegesetz mit zehn Tagen Frist in Kraft gesetzt wurde. Ein neuer Moskauer Gesandter wurde von Peron mit allem Zeremoniell empfangen und erhielt die Versicherung, dass auch Argentinien den zur Zeit unbesetzten Gesandtenposten in Moskau "bald" wieder besetzen würde. Bei der Wahl des osteuropäischen Vertreters im Sicherheitsrat des Völkerbundes stimmte Argentinien gegen Tito und für die Tschechoslowakei. Auf der anderen Seite gab man in Washington zu verstehen, dass der kürzlich erfolgte Wechsel im argentinischen Aussenministerium nicht zuletzt zu dem Zwecke erfolgt sei, die Beziehungen zwischen USA und Argentinien freundlicher zu gestalten. Und drittens öffnet Argentinien weit die Arme für alle ehemaligen "Hürdenträger des faschistischen Regimes und für reaktionäre italienische Firmen, die aus Italien auswandern. Ehemalige deutsche Naziführer dürfen heimlich, still und leise nebenbei mit ins Land schlüpfen und haben volle Pressefreiheit - nur nicht in argentinischen Angelegenheiten.

Goethe "erst jetzt"

sp. Auf einer Goethefeier des polnischen Schriftstellerverbandes in Warschau erklärte der Hauptreferent Dluski u.a.:

"In der Deutschen Demokratischen Republik verkörpert sich heute der richtige politische Gedanke und der organisierte Wille des deutschen Volkes, in ihr vollzieht sich die Wiedergeburt des deutschen Volkes, für die die unsterblichen Werke Goethes eine unermessliche Hilfe bedeuten werden. Erst jetzt werden sein Humanismus, seine Verachtung des Nationalismus, seine Ideale der Brüderschaft unter den Völkern und seine Liebe zur Freiheit zum Eigentum des ganzen deutschen Volkes werden".

Nachrichten aus der Ostzone:Entlassungen bei der Polizei in Leipzig

sp. In Leipzig wurden kürzlich ca. 1.000 Polizisten aus den Revieren und rund 230 Angestellte der Kripo fristlos entlassen, weil sie mit Angehörigen in Westdeutschland im Briefwechsel standen. Die Entlassungen sind das Ergebnis einer seit einigen Monaten durchgeführten Briefzensur. Bei mehreren Polizisten wurden Haussuchungen durchgeführt.

*

In Suhl Ausbildung von Waffenmeistern

sp. Die Stadt Suhl in Thüringen nimmt alte Traditionen wieder auf. Seit mehr als drei Monaten werden in einer "Lehrwerkstatt für Waffenmeistergehilfen" Volkspolizisten in Waffenpflege- und -verwaltung unterwiesen.

*

Bei hellem Tage

sp. Im Leipziger Vorort Paunsdorf wurde eine etwa 40 jährige Frau, die sich auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstelle befand, zu einer angrenzenden Wiese geschleppt und vergewaltigt. Da sich der Überfall in den Nachmittagsstunden ereignete, konnten hinzukommende Passanten die Frau befreien. Sie musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

* von einem betrunkenen Russen
auf offener Strasse überfallen,
len,

Massnahmen gegen Wolgadeutsche

sp. In Leipzig lebende Wolgadeutsche sollen auf Befehl der SMA nach der Sowjetunion deportiert werden. Die Wolgadeutschen, es sind etwa 300 Personen, leben seit vielen Jahren in Leipzig. Aus Angst vor einer Deportation flüchteten die meisten nach den Westzonen.

*

Vollmotorisierte Sonderpolizei für Aue

sp. Um Unruhen im Uranbergbau sofort im Keime zu ersticken, hat die Volkspolizei besondere Einsatzkommandos aufgestellt, von denen eines in Aue ständig stationiert ist, während die übrigen in den angrenzenden grösseren Städten Sachsens und in Ostthüringen auf Abzug in Bereitschaft liegen. Die Sonderkommandos sind voll motorisiert und mit Maschinenpistolen und Maschinengewehren ausgerüstet.

*

Volksrichter in Potsdam verschwunden

sp. Die Volksrichter-Anwärterin Weiss, die in Potsdam-Ebelsberg an einem Volksrichterlehrgang teilnahm und durch kritische Bemerkungen "auffiel", wurde durch die Volksstaatsanwältin Margarete Morawietz und die Chefdolmetscherin im brandenburgischen Justizministerium, von Bergstrasser, im Auftrage der NKWD in eine Falle gelockt und durch den in Zivil erschienenen NKWD-Major Moicejew verhaftet. Fräulein Weiss ist seither in Potsdam nicht mehr gesehen worden.
